



Immobilienrente

Wie betagte Hausbesitzer mit ihrem Eigenheim die Altersbezüge steigern können. SEITE 12

Wirtschaft

„Kaum ein Arbeitsloser will zu den gebotenen Bedingungen arbeiten.“

Britta Petersen ist Jobvermittlerin in Berlin-Neukölln. SEITE 13



Wissenschaft

Astro-Gigantismus

Immer größere Teleskope blicken in die Tiefen des Kosmos. SEITE 16

MEINUNGEN

Aktien sparen rechnet sich mit der Zeit

JAHRESENDRALLYE Die Börsianer sind verunsichert. Da hilft nur langfristiges Denken

Von Rüdiger von Rosen

In den letzten Wochen legte der Deutsche Aktienindex zu und notiert jetzt deutlich über dem Stand zu Jahresbeginn. Über den künftigen Kursverlauf gehen die Meinungen naturgemäß auseinander. Während die Optimisten dem Dax einen Jahresstand von 7000 Punkten und mehr zutrauen, rechnen andere mit einer Korrektur.

Es stimmt zuversichtlich, dass der große Crash, den viele angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise befürchten haben, ausgeblieben ist. Seit den Tiefständen im September 2008 hat sich nicht nur das globale Konjunkturklima, sondern auch die Stimmung an den Börsen deutlich aufgehellt. Wesentlich haben hierzu auch Unternehmensergebnisse beigetragen, die oftmals die Erwartungen bei weitem übertrafen. Zudem sind die Schleusen der Notenbanken weltweit unvermindert geöffnet.



Kursauschläge – ob nach oben oder nach unten – gleichen sich auf Dauer aus.

Ein großer Unsicherheitsfaktor ist insbesondere die US-Wirtschaft, die nicht so recht in Gang kommen will. Sorge bereitet auch weiterhin die prekäre Situation der öffentlichen Haushalte einiger europäischer Staaten. Hinzu kommt das politische Geschacher um die Reform des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts, das die Kapitalmärkte irritiert, weil die Schranken für die künftige Verschuldung weiterhin schwammig bleiben sollen. Entsprechend groß ist auch die Verunsicherung unter den Anlegern. Die stagnierenden Aktienkurszahlen in Deutschland spiegeln dies wider.

Das Dilemma des „richtigen“ Einstiegzeitpunkts kann durch kontinuierliches Aktiensparen vermieden werden. Wer Monat für Monat einen Teil seiner Ersparnisse in Aktien oder Aktienfonds investiert, der muss über die vermeintlich oder tatsächlich günstige Gelegenheit gar nicht erst nachdenken.

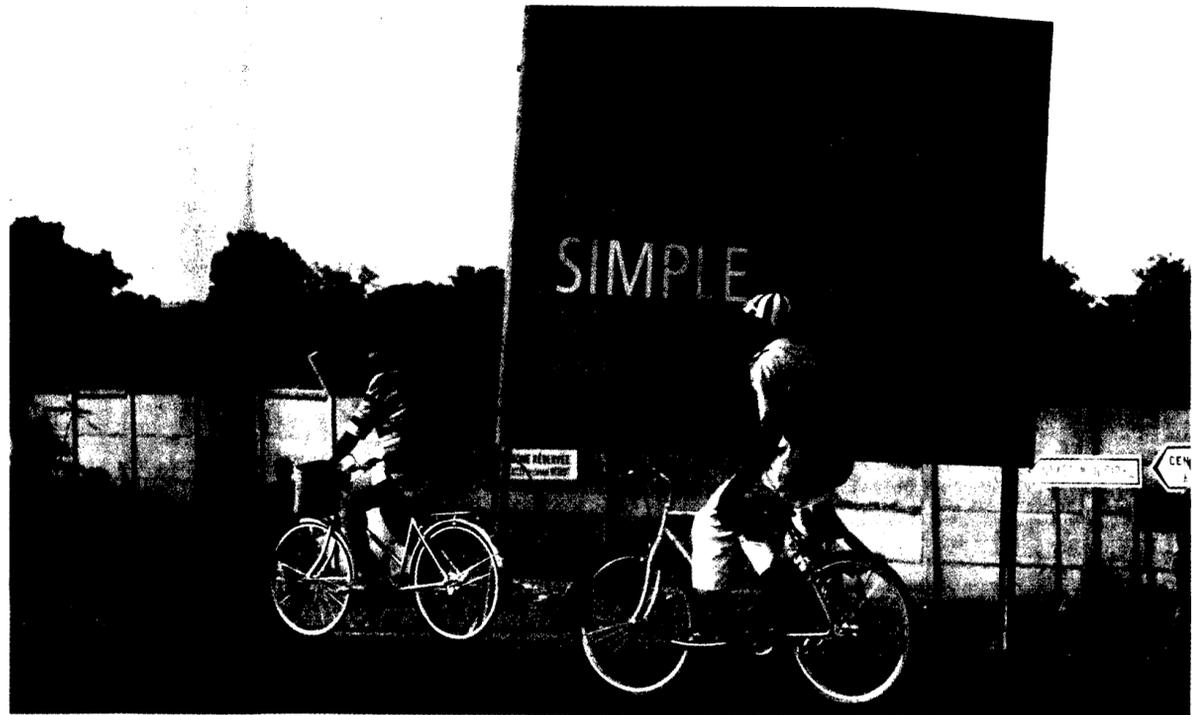
Die Erfahrung zeigt, dass sich Kursauschläge sowohl nach oben als auch nach unten über einen ausreichend langen Zeitraum ausgleichen. Was bleibt ist eine attraktive Durchschnittsrendite des gesamten Aktiendepots. Diese längerfristige Ausrichtung ist auch ein wesentlicher Grund, warum Aktien in keinem Altersvorsorgeplan fehlen sollten.

Rüdiger von Rosen ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Aktieninstituts.

Von der US-Zentralbank wird sogar erwartet, dass sie in Kürze erneut Anleihen aufkaufen und damit den Markt mit zusätzlichem Geld versorgen wird. So entsteht zusätzliche Liquidität, die nach renditestarken Anlagemöglichkeiten sucht. Aufgrund der derzeit niedrigen Zinsen ist der Kauf vermeintlich risikoarmer Staatsanleihen aber nicht wirklich attraktiv. Dementsprechend sehen viele Anleger ihre Chancen am Aktienmarkt, was aufgrund steigender Nachfrage die Kurse beflügeln dürfte.

Macht und Moral

ARBEITSRECHT Die Gewerkschaften kämpfen auf internationaler Ebene für menschenwürdige Arbeitsbedingungen – und für die Ausweitung ihres Einflusses



Prinzip Hoffnung: Mit ihren Transportdiensten soll die Post-Tochter DHL auch höhere Arbeitsstandards ins westafrikanische Burkina Faso importieren.

Von Anke Fischer

Es war im Jahr 1890, als Wilhelm II. in einem kaiserlichen Erlass erklärte, „die Zeit, Dauer und Art der Arbeit so zu regeln, dass die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und die Ansprüche auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben“.

Heute, 120 Jahre und drei Generationen von Menschenrechtserklärungen später, scheint das Ziel immer noch in weiter Ferne. In Südafrika empfehlen Schlichter des deutschen Logistikriesen DHL ihren durstigen Untergebenen, sie mögen doch aus der Toilette trinken. Arbeitnehmer in den USA verschweigen aus Angst vor der Entlassung, dass sie sich verletzen. Angestellte in Indien werden schikaniert und anschließend gefeuert, nachdem sie eine Gewerkschaft gegründet haben. So zumindest steht es in einem Bericht, den der internationale Gewerkschaftsdachverband Global Union (UNI) vorlegte. Die schlechte Behandlung der Angestellten mag überspitzt von UNI dargestellt worden sein. Doch der gewerkschaftlichen Internationalen ist es ernst: Die DHL solle endlich Schluss machen mit den doppelten Standards und sich offiziell verpflichten, weltweit menschenwürdige Arbeitsnormen einzuhalten. Was in Deutschland recht ist, soll in Indien billig sein.

„Globale Rahmenabkommen“ (International Framework Agreements, IFAs) sollen das möglich machen. „Die Gewerkschaften können mit den IFAs etwas leisten, was die internationale Politik nicht vermag“, erklärt Hans-Wolfgang Platzer, Politikprofessor an der Hochschule Fulda und Leiter der Forschungsgruppe europäische und globale Arbeitsbeziehungen. „Über diese Konzernschiene können Arbeitnehmerrechte und soziale Mindeststandards in Ländern zum Tragen gebracht werden, in denen die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation nicht beachtet werden.“

Auf mehreren Ebenen gab und gibt es Versuche, Standards zu setzen: Die Internationale Arbeiterorganisation ILO erarbeitet ständig neue Übereinkommen (siehe Kasten). Auch die reichen Länder der OECD haben Kriterien entwickelt. Und weil das alles nicht zündete, rief der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan 1999 den UN Global Compact ins Leben, eine Abmachung zwischen Unternehmen und den Vereinten Nationen. Doch so gut die Ansätze gemeint sind, sie basieren alle auf mehr oder weniger freiwilliger Basis: „Die Schwächen liegen in

der Sanktionierbarkeit“, sagt Reiner Radermacher von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das OECD-Reglement ist reichlich unkonkret. Die ILO sieht zwar Sanktionsmöglichkeiten vor, doch die seien schwach, meint Radermacher. „Und der Global Compact der UN ist ein reiner Papiertiger.“

Auch die modernen Rahmenabkommen sind freiwillige Vereinbarungen, allerdings nicht auf abstrakter supranationaler Ebene, sondern konkret zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften mit dem Ziel, weltweit Arbeitsmindeststandards zu definieren. „Das Besondere ist, dass Gewerkschaften und Unternehmen an einem Strang ziehen“, sagt der Wirtschaftswissenschaftler Jörg Sydow von der FU Berlin. Konzerne wollen demnach die Standards wirklich einhalten. Als Grundlage dienen die Normen der ILO. „Das sind Inhalte, die für uns selbstverständlich scheinen“, so Sydow. „Doch in einigen Ländern ist schon das ein Riesensproblem.“ Etwa 80 dieser Rahmenabkommen wurden seit 1989 von multinational agierenden Konzernen unterzeichnet. 65 000 Multis soll es weltweit geben.

Doch was rundum positiv anmutet, birgt in der Praxis durchaus Tücken. „Das muss jedes Unternehmen für sich selbst entscheiden“, sagt Renate Horning-Draus von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). „Ein Unternehmen kann sich nicht verpflichten, Menschenrechte gegen nationale Gesetze durchzusetzen.“ Als Beispiel nennt sie Scharia-Staaten wie Iran. Hier seien Mann und Frau schon qua Gesetz nicht gleichgestellt. „Wenn ich da mit dem Kopf durch die Wand will, kann es sein, dass ich mehr Schaden anrichte, als dass ich helfe.“

Eine weitere Herausforderung besteht darin, sämtliche Lieferanten einzubeziehen. Die Hälfte der bisher abgeschlossenen Rahmenabkommen sieht das vor. Wenn die Forderungen nach einheitlichen Arbeitsbedingungen zu hoch zielen, fällt es kleinen Unternehmen schwer, überhaupt in die internationalen Lieferketten integriert zu werden. „Das ist alles andere als trivial“, sagt Jörg Sydow. Durch Intermediäre werden Lieferketten extrem unüber-

sichtlich. Die Folge dürfe nicht sein, dass die Handelsbeziehungen einfach gekappt würden, wenn der Zulieferer die Bedingungen nicht garantieren könne. „Viele Unternehmen versuchen Lieferanten zu entwickeln – doch das ist nur begrenzt möglich“, so Sydow. Das würden auch manche westlichen Nichtregierungsorganisationen zu einfach sehen, sagt Reiner Radermacher.

Das Schweizer Handelsunternehmen Coop zeigt jedoch, dass es möglich ist, Lieferanten einzubeziehen. Bei vielen Produkten lässt es die gesamte Handelskette von einem unabhängigen Zertifizierungsinstitut auf soziale und ökologische Kriterien hin überprüfen. Für ein Spannbettlaken bedeutet das, die Fertigung in Griechenland und die Baumwollproduktion in Indien genau unter die Lupe zu nehmen.

Politikwissenschaftler Platzer, der IFAs grundsätzlich als ein „innovatives Instrument“ begrüßt, weist ebenfalls auf die Grenzen freiwilliger Konzernvereinbarungen hin. Viele Unternehmen weigerten sich, diesen Weg zu beschreiten, und auch aufseiten der Gewerkschaften sind die Ressourcen oftmals für eine kontinuierliche Überwachung und effektive Durchsetzung der Vereinbarungen nicht ausreichend.

Es ist nicht nur pure Gutmenschlichkeit, was die Gewerkschaften im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen motiviert. Es geht auch um Einfluss. „Die IFAs sind unwahrscheinlich wichtig für die internationalen Gewerkschaften. Sie bieten ihnen die Möglichkeit, sich neu zu positionieren – als Verhandlungspartner und Kontrolleur“, sagt Jörg Sydow.

Dazu passt die Reaktion von DHL. Das Unternehmen, das vom Gewerkschaftsverband UNI angeprangert wird, entgegnet den Vorwürfen, es würde die ILO-Normen längst befolgen. „Grundsätzlich dulden wir keine Verstöße gegen Arbeitnehmerrechte und gehen jedem Einzelfall nach“, so Sprecher Uwe Bensen. Er räumt jedoch ein: „Bei 500 000 Mitarbeitern kann man aber nicht ausschließen, dass auch mal Fehler gemacht werden.“

Deutlichere Worte finden die Beteiligten beim Gerangel um die Deutsche Telekom. Hier lag bereits ein Abkommen zwischen Konzern und Gewerk-

schaft unterschriftsreif vor. Doch daraus wurde nichts. Grund: ein offener Konflikt in den USA zwischen der Telekom und CWG, dem US-amerikanischen Ableger von UNI. Die Gewerkschaft kämpft darum, die Mitarbeitervertretung zu übernehmen. In den USA ist es dazu nötig, die Hälfte der Belegschaft hinter sich zu bekommen. „Das Management übt Druck aus, um zu verhindern, dass eine Gewerkschaft gebildet wird“, so UNI-Sprecherin Rachel Cohen. Damit untergrabe die Telekom die Rechte der Arbeitnehmer. In der Telekom-Zentrale sieht man das anders: „CWA will die Telekom mit einer Kampagne unter Druck setzen. Ein globales Abkommen mit der UNI hätte, wenn es nach uns geht, schon längst unterschrieben sein können“, hält Telekom-Sprecher Christian Schwolow dagegen. Wenn die Arbeitnehmer sich vertreten lassen wollten, sei das deren freie Entscheidung. Die Telekom würde diese Entscheidung selbstverständlich respektieren.

Es geht um mehr als nur um Arbeitsstandards. Doch was den Gewerkschaften bei allem Zuwachs langsam ausgeht, sind die finanziellen Mittel. Nach dem Zweiten Weltkrieg, mit dem Unabhängigwerden der Staaten, hatte sich etabliert, dass die zahlungs- und mitgliederstarken Verbände im Norden die ärmsten im Süden mitfinanzieren. Diese Struktur kippt, erklärt Reiner Radermacher am Beispiel der Textilindustrie: „In Deutschland sind noch knapp 90 000 Beschäftigte in dieser Branche tätig, von denen rund die Hälfte gewerkschaftlich organisiert ist. In Bangladesch allein arbeiten aber mehr als 2,5 Millionen Menschen in diesem Wirtschaftssektor.“ Obwohl nur etwa zehn Prozent gewerkschaftlich organisiert sind, macht das eine Gesamtstärke von 250 000 Mitgliedern aus – fünfmal so viele wie in Deutschland.

Zusätzliche Aufgaben treffen auf schrumpfende Einnahmen. Mit der Überwachung der IFAs stehen und fallen die freiwilligen Abkommen. „In den europäischen Ländern ist das vergleichsweise einfach“, so Jörg Sydow. Hierzulande sei man an die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften gewöhnt. Anders in den USA. Besonders extrem sei die Lage in China. Dort gibt es nur die staatliche Gewerkschaft. „Zugespielt formuliert: Da, wo sie am dringendsten gebraucht werden, sind die IFAs am schwersten umzusetzen.“

Das Monitoring über die Einhaltung gelinge trotzdem, sind sich UNI und Hans-Wolfgang Platzer einig. Ein bisschen mehr Freiwilligkeit will UNI in den nächsten Wochen mit einer Postkartenaktion an die DHL-Führung generieren. Porto zahlt der Empfänger.

Alljährlicher Kampf

STEUERERKLÄRUNG Wolfgang Schäuble bemüht sich um eine Vereinfachung der Regeln. Endlich

Von Stefan Deges

Endlich einmal eine Steuervereinfachung, die diesen Namen auch verdient. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble möchte steuerpflichtigen Deutschen den alljährlichen Kampf mit der eigenen Steuererklärung erlassen. Künftig sollen die Einkommenverhältnisse nur noch alle zwei Jahre verbindlich deklariert werden. Damit nicht genug: Gleich an 19 Stellschrauben möchte der CDU-Minister drehen, um die Steuerzahler zumindest nervlich und zeitlich zu entlasten.

Angesichts dieser Aussicht stellt sich derzeit nur eine Frage: Warum erst jetzt? Dass zum Beispiel die Steuererklärung bei Empfängern niedriger Einkommen ersatzlos gestrichen werden soll, ist eine uralte Erkenntnis. Wer glaubt, etwas vom Fiskus zurückzuerhalten, kann sich auch in Zukunft melden. Alle anderen Niedriglohneempfänger müssen die jährliche Prozedur als reine Schikane empfinden. Auch Eltern können seit jeher ein Lied davon singen, wie absurd und mühselig es ist, Freibeträge und Staatsleistungen für

schulpflichtige Kinder ordnungsgemäß zu deklarieren. Ihnen würde Schäubles Neuregelung ebenfalls das Leben vereinfachen.

Grundsätzlich setzt der Minister die Machete an der richtigen Stelle des Steuerdschungels an. Wenn die Bürger nicht mehr in der Lage sind, das System intellektuell zu durchdringen, kann das Steuerrecht weder gerecht noch effizient sein. Die Beamten in den Finanzministerien der Länder und vom

Bund sollten daher nach der ersten Vereinfachungsrunde sofort mit der nächsten beginnen. Nicht nur 19, sondern 90 Vorschläge lagen Wolfgang Schäuble zur Beurteilung vor. Steuerrechtler könnten spielend mehrere hundert Ideen zur Vereinfachung einbringen.

Bisher mangelt es allerdings an der politischen Überzeugung, diese Art der Vereinfachung umzusetzen. Lieber gefallen sich die Regierungsparteien in der Rolle, die überraschend sprudelnden Steuereinnahmen zum Anlass zu nehmen, erneut Steuersenkungen zu fordern. FDP und CSU haben den Anfang bereits gemacht. Mal sehen, wie lange die CDU standhaft bleibt.

Angesichts der hilfreichen Vorschläge stellt sich nur eine Frage: Warum erst jetzt?

ZAHLENWERK

129

Euro pro Versichertem geben private Krankensicherer jährlich für Laboruntersuchungen aus – die gesetzlichen Kassen dagegen zahlen lediglich 26 Euro. Die privaten Kassen fordern nun eine Reform der Gebührenordnung. Ihr Verdacht: Die Ärzte ordnen mehr Untersuchungen an als medizinisch notwendig. Quelle: Wissenschaftliches Institut der PKV